

Briefwechsel von Angela Merkel und Edmund Stoiber mit dem Bundeskanzler

Berlin, im
März 2005



Christlich Demokratische Union Deutschlands

Die Vorsitzende
Dr. Angela Merkel

Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon: 030 / 220 70 – 120
Telefax: 030 / 220 70 – 125
E-Mail: angela.merkel@cdu.de
Internet: www.cdu.de

Christlich-Soziale Union in Bayern

Der Vorsitzende
Dr. Edmund Stoiber

Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Telefon: 089 / 12 43 – 215
Telefax: 089 / 12 43 – 216
E-Mail: Edmund.Stoiber@csu-bayern.de
Internet: www.csu.de

An den
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Gerhard Schröder
Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

Berlin, 1. März 2005

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am heutigen Tag ist die Zahl der offiziell arbeitslos gemeldeten Menschen in Deutschland auf über 5,2 Millionen gestiegen, so hoch wie noch nie seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Sie und wir wissen, dass die Statistik die Menschenschicksale, die dahinter stehen, nur sehr unvollständig zum Ausdruck bringt. Dahinter stehen Menschen, die als Langzeitarbeitslose seit mehr als einem Jahr vergebens nach Arbeit suchen. Dahinter stehen junge Menschen, die die Erfahrung machen, dass unser Land ihnen keine faire Chance zur Mitarbeit und Selbstentfaltung bieten kann. Viele Ältere haben die Hoffnung auf Arbeit ganz aufgegeben. Eine Haltung des „Weiter so“, eine Fortsetzung des üblichen Tagesgeschäfts verbietet sich.

Regierung und Opposition eint das Ziel, den jetzt erreichten Zustand der Massenarbeitslosigkeit nicht hinzunehmen. Was uns zurzeit aber zu trennen scheint, ist die Antwort auf die Frage, was jetzt getan werden kann und was getan werden muss.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat einen „Pakt für Deutschland“ vorgeschlagen, der zehn konkrete Punkte benennt, mit deren Umsetzung sofort begonnen werden könnte. Von Ihnen steht allerdings die Äußerung im Raum „Wir haben jedenfalls mit der

Arbeitsmarktreform unser Möglichstes zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit getan.“ Entsprechend wurde unser 10-Punkte-Plan von der Regierungskoalition bisher im Parlament ersatzlos abgelehnt.

Äußerungen aus den Reihen der Ihre Regierung tragenden Parteien, die danach fragen, ob tatsächlich alle Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgeschöpft worden sind, lassen uns jedoch annehmen, dass ein Sinneswandel vielleicht doch denkbar wäre. Deswegen erneuern wir hiermit unser Angebot eines Paktes für Deutschland und sichern Ihnen dazu faire und konstruktive Beratungen zu, sobald Sie als Inhaber der Regierungsverantwortung die für diese Beratungen erforderlichen Gesetzentwürfe zu den vorgeschlagenen Punkten vorlegen.

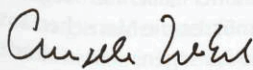
Selbst wenn es gelänge, dass nur die drei wichtigsten Anliegen – die Entlastung des Mittelstandes von Bürokratie, die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für betriebliche Bündnisse für Arbeit und die schnellstmögliche Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung – Wirklichkeit würden, wäre bereits ein zuversichtlich stimmender Schritt nach vorne gemacht.

In der nächsten Woche steht die abschließende Abstimmung über unseren Antrag im Bundestag an. Wir appellieren an Sie, dass die Bundesregierung diese gemeinsame Chance für Deutschland nicht ungenutzt verstreichen lässt.

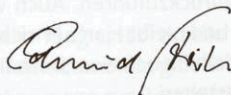
Sie wissen, dass wir Ihnen darüber hinaus bereits mehrfach das Angebot einer Zusammenarbeit für langfristige, durchgreifende Strukturreformen z.B. beim Steuerwesen und beim Arbeitsrecht unterbreitet haben. Auch das erneuern wir hiermit. Kurzfristige Aktionen jedoch, zumal Schulden finanzierte Programme, halten wir für falsch und finden unsere Unterstützung nicht. Wir können auch nur davor warnen, auf diese Weise die eigentlichen Probleme übergehen zu wollen.

Die anhaltende wirtschaftliche und soziale Krise fordert unserer festen Überzeugung nach, dass sich die politischen Kräfte des Landes bei allen Schwierigkeiten zu einem grundlegenden Kurswechsel durchringen. Wir gehen davon aus, dass Verantwortung für die Zukunft des Landes zu tragen, auch für Sie bedeutet, jetzt zu handeln.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Angela Merkel



Dr. Edmund Stoiber

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 3.März 2005

Frau

Dr. Angela Merkel

der **Christlich Demokratischen Union Deutschlands**

Konrad-Adenauer-Haus

Klingelhörerstraße 8

10785 Berlin

Herrn

Dr. Edmund Stoiber

Vorsitzender der **Christlich-Sozialen Union in Bayern**

Franz Josef Strauß-Haus

Nymphenburger Straße 64

80335 München

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

weil wir, wie ich hoffe, einig sind in dem Ziel, »den jetzt erreichten Zustand der Massenarbeitslosigkeit nicht hinzunehmen«, haben wir im Dezember 2003 gemeinsam eine tiefgreifende Reform des Arbeitsmarktes beschlossen. Und gerade weil es uns nicht um Statistik, sondern um konkrete menschliche Schicksale geht, haben wir mit Hartz IV gemeinsam das zu Passivität und Abhängigkeit führende bisherige Nebeneinander von Arbeitslosen- und Sozialhilfe beseitigt und die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass den Menschen – Langzeitarbeitslosen, Alleinerziehenden, Jugendlichen – individuell und wirksam geholfen werden kann.

Diese Reform ist in ihren wesentlichen Teilen vor 60 Tagen in Kraft getreten. Wir haben sie gemeinsam in Bundestag und Bundesrat beschlossen. Wir tragen gemeinsam dafür Verantwortung, dass sie ein Erfolg wird.

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen ist bedrückend. Er ist – auch das wissen Sie – im wesentlichen durch Veränderungen der Arbeitsmarktstatistik begründet. Bisher arbeitslose Sozialhilfeempfänger erhalten seit 1. Januar 2005 Arbeitslosengeld II und werden daher neu in der Arbeitslosenstatistik gezählt. Das sprunghafte Anwachsen der Arbeitslosenzahlen ist im wesentlichen darauf zurückzuführen. Auch wenn dies zur Zeit zu einer Fülle von Negativschlagzeilen führt, ist und bleibt Hartz IV richtig. Wir mussten und müssen die Menschen aus der Sackgasse der Sozialhilfe befreien. Deshalb kann die Antwort wie Sie sagen nicht in »kurzfristigen Aktionen« bestehen.

Die Arbeitslosenzahlen sollten uns vielmehr ein Ansporn sein, die Probleme, die sich bei der administrativen Umsetzung eines derart umfangreichen Reformvorhabens zwangsläufig

ergeben, schnell, konstruktiv und im Sinne der betroffenen Menschen zu regeln. Unsere Hauptaufgabe gilt jetzt der besseren Vermittlung von Jugendlichen. Auch deshalb müssen wir den Umbau der Bundesagentur hin zu einem leistungsfähigen Dienstleister noch schneller vortreiben. Alle Instrumente, die zur Beratung und Vermittlung verfügbar sind, müssen umgehend und umfassend eingesetzt werden. Fast zehn Milliarden Euro stehen für aktivierende Maßnahmen zur Verfügung. Es ist unsere gemeinsame Pflicht, sicherzustellen, dass das Geld auch tatsächlich eingesetzt werden kann.

In Ihrem Brief schreiben Sie, jede »Haltung des Weiter so«, jede »Fortsetzung des üblichen Tagesgeschäfts« verbiete sich. Das gilt auch für den Stil der politischen Kommunikation. Umso bedauerlicher ist es, dass auch aus ihrem Schreiben noch sehr viel »Tagesgeschäft« spricht. Wie anders ist es zu verstehen, dass Sie am Ende Ihres Schreibens einen »grundlegenden Kurswechsel« fordern, der doch – immer wieder auch in gemeinsamer Verantwortung von Bundesregierung und Opposition – längst begonnen hat? Es ist uns mit unseren Reformen gelungen, den von 1990 bis 1998 andauerndem Anstieg der Lohnnebenkosten von 35,5 auf 42 Prozent zu stoppen. Wir haben in diesem Jahr die Möglichkeit, erstmals zu einer deutlichen Senkung der Krankenversicherungsbeiträge zu kommen: Mit dem Jahresüberschuss von rund 4 Milliarden Euro können die Kassen den Beitragssatz um weitere 0,2 Prozentpunkte senken. Und ab Juli 2005 werden die Unternehmen zusätzlich um 0,45 Beitragspunkte entlastet.

Mit unserer Steuerreform haben wir den Eingangssteuersatz von knapp 26 Prozent auf 15 Prozent und den Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf 42 Prozent gesenkt. Gleichzeitig wurde der steuerliche Grundfreibetrag von 6.322 Euro auf 7.664 Euro angehoben. Durch diese Maßnahmen sowie die pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer wird die mittelständische Wirtschaft um jährlich 17 Milliarden Euro entlastet. Die Körperschaftssteuersätze für einbehaltene Gewinne sind seit 1998 von 45 Prozent auf 25 Prozent gesenkt worden. Mit dem Wechsel vom so genannten Vollarrechnungsverfahren hin zum so genannten Halbeinkünfteverfahren hat die Bundesregierung die Besteuerung von Kapitalgesellschaften europatäglich gemacht. Das konjunkturpolitisch gebotene vollständige Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf den 1. Januar 2004 ist am Widerstand der von Ihnen regierten Länder im Bundesrat gescheitert. Bei Ihren Forderungen nach Veränderung des Kündigungsschutzes unterschlagen Sie, wie viel in diesem Bereich bereits geschehen ist. Wir haben im Jahr 2003 mit Ihrer Zustimmung den Kündigungsschutz für Kleinbetriebe neu geregelt. In Betrieben mit zehn oder weniger Arbeitnehmern gilt der Kündigungsschutz nicht für Arbeitnehmer, die ab Januar 2004 eingestellt werden. Bei betriebsbedingten Kündigungen wird die Sozialauswahl auf vier Kriterien begrenzt. Existenzgründer erhalten die Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge bis zur Dauer von vier Jahren abzuschließen. Die Befristungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer ab 50 Jahren wurden wesentlich erweitert. Wer heute noch den Kündigungsschutz als Haupthindernis für Neueinstellungen bezeichnet, beweist wenig Kenntnis der tatsächlichen Probleme deutscher Unternehmen.

Das gilt leider auch für Ihre Forderung nach Schaffung einer rechtlichen Grundlage für betriebliche Bündnisse für Arbeit. Als Ergebnis der Tarifautonomie gibt es ein hohes Maß an betrieblichen Öffnungsklauseln und Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung. Dies gilt insbesondere für die Metallbranche und die chemische Industrie. Andere Branchen stehen kaum noch zurück. Die von Ihnen geforderten betrieblichen Bündnisse mit Zustimmung der

Tarifvertragsparteien bedürfen keiner gesetzlichen Grundlage – sie sind heute schon möglich und täglich gelebte Realität!

Wir wissen, dass in einer offenen Volkswirtschaft neue Beschäftigungsmöglichkeiten vor allem durch innovative Produkte und Dienstleistungen entstehen. Die Bundesregierung hat die Förderung von Innovationen und damit neuer Beschäftigung von Anfang an als Kernbestandteil der Agenda 2010 angesehen. Aber während wir uns bei den Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen im Vermittlungsausschuss weitgehend einigen konnten, liegen unsere Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Innovationen in unserem Land weiterhin auf Eis. Trotz vielfältiger Mahnungen der Hochschulrektoren kommt unser Vorschlag zur Schaffung von Spitzenuniversitäten nicht voran. Das liegt an der Blockade der von Ihnen geführten Landesregierungen. Das gleiche gilt für die Abschaffung der durch die demographische Entwicklung obsoleten Eigenheimzulage, durch die mittelfristig bis zu 12 Milliarden Euro für Bildung und Forschung freigemacht werden könnten. Auch das wird von den von Ihnen geführten Landesregierungen blockiert.

Mit dem von Ihnen geforderten Abschied vom »Tagesgeschäft« verträgt es sich nicht, dass Sie die Erarbeitung von fertigen Gesetzentwürfen zu dem von Ihnen vorgeschlagenen 10-Punkte-Programm durch die Bundesregierung zur Voraussetzung von weiteren Gesprächen machen. Wer seine Dialogbereitschaft in dieser Weise konditioniert, setzt sich dem Verdacht aus, ein Spiel weiterspielen zu wollen, dessen die Menschen in diesem Lande angesichts der drängenden Probleme längst überdrüssig sind.

Ich bin gern bereit, ein ernstgemeintes Gesprächsangebot anzunehmen. Einige der möglichen Themen – Umsetzung der Arbeitsmarktreformen, Spitzenuniversitäten und Eigenheimzulage – habe ich bereits genannt.

Zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung wird die Bundesregierung Ihnen umsetzbare Vorschläge machen. Die Bundesregierung hat den Sachverständigenrat gebeten, sobald wie möglich realistische Vorschläge zur Fortentwicklung der Unternehmensbesteuerung vorzulegen. Dabei soll auch geprüft werden, ob es eine Möglichkeit gibt, einbehaltene und für arbeitsplatzschaffende Investitionen verwandte Gewinne von kleinen und mittleren Unternehmen besonders zu begünstigen. Über Ihre belastbaren Vorschläge zur Gegenfinanzierung bin ich jederzeit zu Gesprächen bereit.

Wir haben wichtige Reformen eingeleitet und umgesetzt. Wir befinden uns mitten im Prozess der Veränderung unseres Landes. Gemeinsam tragen wir dafür Verantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Schröder

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Die Vorsitzende
Dr. Angela Merkel

Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefon: 030 / 220 70 – 120
Telefax: 030 / 220 70 – 125
E-Mail: angela.merkel@cdu.de
Internet: www.cdu.de

Christlich-Soziale Union in Bayern

Der Vorsitzende
Dr. Edmund Stoiber

Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München

Telefon: 089 / 12 43 – 215
Telefax: 089 / 12 43 – 216
E-Mail: Edmund.Stoiber@csu-bayern.de
Internet: www.csu.de

An den
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Gerhard Schröder
Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

Berlin, 4. März 2005

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

vielen Dank für Ihr ausführliches Schreiben vom heutigen Tage, das sich – das sei zu Beginn bemerkt – in seiner konstruktiven Tonlage und Haltung zu unserem Angebot wohltuend von anderen Äußerungen aus den Reihen Ihrer Regierungskoalition unterscheidet. Wir freuen uns auch, dass Sie unser Angebot grundsätzlich durchaus zu begrüßen scheinen. Dabei wäre es sicher hilfreich, wenn Sie für eine abgestimmte Reaktion auf unsere Initiative innerhalb der Spitzen der Regierungskoalition sorgen würden, um angesichts von 5,2 Millionen Arbeitslosen die notwendigen Veränderungen möglichst rasch zu erreichen.

Wir sind zudem – aufgrund positiver wie negativer Erfahrungen der Vergangenheit – der festen Überzeugung, dass Beratungen zwischen Regierung und Opposition für Lösungen der Probleme unseres Landes nur dann Erfolg versprechend sein können, wenn sie mehr sind als „freundliche Unterhaltungen“. Das aber kann aus unserer Sicht nur dann gewährleistet sein, wenn sie auf der Grundlage von beratungsfähigen Gesetzentwürfen erfolgen, die von Ihnen als Inhaber der Regierungsverantwortung vorgelegt werden müssen.

Sie stellen in Ihrem Schreiben vor allem die bereits beschlossenen Maßnahmen in den Vordergrund. Klar ist aber, der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Einbruch des

Wachstums zeigen, dass die bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen. Für neue Vorschläge und veränderte Positionen der Regierung, wie z.B. wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern, sind wir jederzeit bereit zum Gespräch und zur konstruktiven Mitwirkung. Unsere Überlegungen liegen ja, wie Sie wissen, in dem von uns vorgeschlagenen „Pakt für Deutschland“ bereits schriftlich auf dem Tisch und im Deutschen Bundestag.

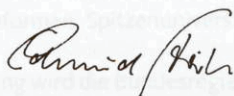
Wir sollten gemeinsam versuchen zu vermeiden, die Erwartungen der Menschen, die selbstverständlich mit Beratungen zwischen Regierung und Opposition verbunden sind, am Ende erneut zu enttäuschen, wenn keine Ergebnisse folgen. Denn auch das gehörte zu dem, wie Sie schreiben, „Spiel, dessen die Menschen in diesem Land angesichts der drängenden Probleme längst überdrüssig sind.“

Wir stimmen Ihnen zu: Unser Land befindet sich mitten im Prozess wichtigster Veränderungen, für die wir – Regierung wie Opposition – gemeinsam Verantwortung tragen. In diesem Sinne sagen wir Ihnen erneut umgehende und vor allem konstruktive Beratungen von Gesetzentwürfen zu Reformmaßnahmen zu, die über das von Ihnen bislang Beschlossene und in Ihrem Schreiben ausführlich Dargelegte hinausgehen und den von uns vorgeschlagenen „Pakt für Deutschland“ berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Angela Merkel



Dr. Edmund Stoiber